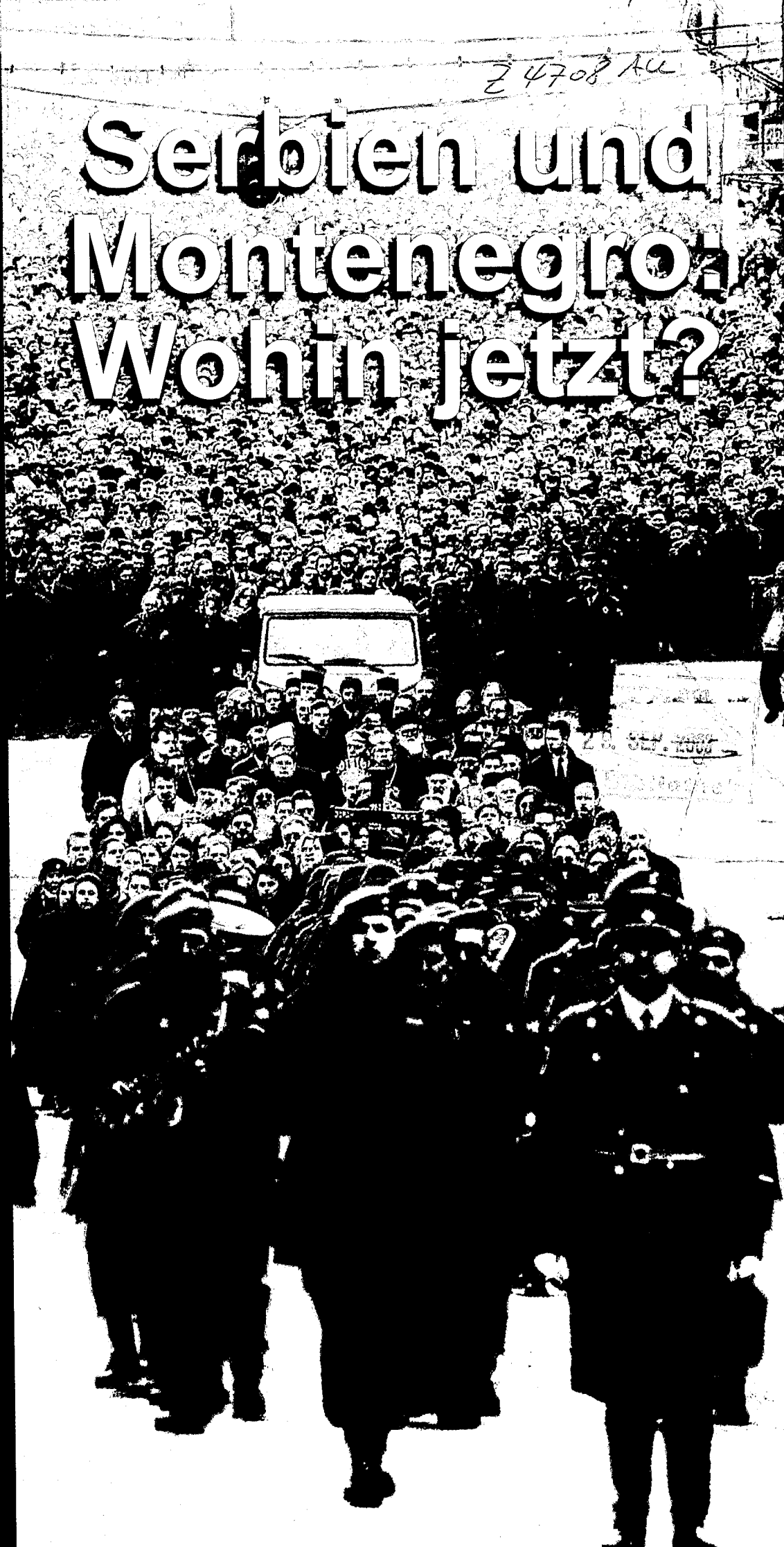


Vierteljahresschrift Nr. 1/2003 Juni 2003, 15.Jg.

3 Euro, sFr 5.-

Alternativ-sozialistisches Osteuropakomitee Graz  
Center for the Study of Balkan Societies and Cultures Graz



## Serbien und Montenegro: Wohin jetzt?

Z 4708 AU

# INHALT

**15. Jahrgang 1/2003**

3

**Transformation in Serbien:  
Lang und voller Hindernisse**

von Mladen Lazić

9

**Serbien-Montenegro:  
Mehr als eine Übergangslösung?**

von Martin Prochazka

16

**Armut: Ein latentes Problem**

von Slobodan Cvejić und Marija Babov

22

**Soziale Situation:  
Sozialer Dialog erforderlich!**

von Darko Marinković

27

**Đinđić-Attentat:  
Mörderische Strukturen**

von Todor Kuljić

30

**Korruption/ Organisiertes  
Verbrechen: Bekämpfung  
erst in Kinderschuhen**

von Aleksandar Fatić

35

**Turbofolk:  
„Nationaler Kosmopolitismus“**

von Miroslava Malešević

39

**Auslandsmigration:  
Ein neuer Migrationstyp**

von Aleksandra Pavičević

42

**Medien: Stagnation der Vielfalt**

von Michael Döschl und Roland Brunner

46

**Balkan: Staaten und  
organisierte Kriminalität**

von Norbert Mappes-Niediek

50

**EU-Beitrittsländer:  
Soziales Kapital gefragt**

von Eve Parts

56

**Ungarns EU-Referendum:  
Eindeutige Vieldeutigkeit**

von Jozsef Böröcz

58

**Chronologie**

# Lang und voller Hindernisse

von Mladen Lazić

■ **Der Staat Serbien und Montenegro ist nicht nur mit dem Erbe der „blockierten Transformation“ konfrontiert, sondern auch mit einer Reihe von neuen Problemen: Er scheint nicht mehr als eine Übergangslösung vor der endgültigen Trennung Serbiens und Montenegros zu sein, und auch eine Lösung der Statusfrage des Kosovo ist nicht in Sicht. Wichtige Führer der Reformparteien liefern sich schonungslose Kämpfe und diskreditieren jeden demokratischen Fortschritt.** ■

## Die blockierte Transformation

Eine Analyse der modernen Gesellschaftsbewegungen in Serbien muss die Tatsache in Betracht ziehen, dass die postsozialistische Transformation drastisch verlangsamt (jedoch nicht völlig unterbrochen!) wurde, und zwar länger als ein Jahrzehnt – in der Periode der „blockierten Transformation“, als Slobodan Milošević an der Macht war. Unter dem Begriff der „blockierten Transformation“ ist jener Prozess zu verstehen, in dem das „gesellschaftliche Monopol (des früheren Bunds der Kommunisten) durch ineinander verflochtene Positionen der wirtschaftlichen und politischen Domination abgelöst wurde, mit dem Ziel, die Entwicklung der Marktwirtschaft und des politischen Wettbewerbs zu verzögern“ (Lazić, in: Higley and Lengyel, Hrsg., 2000: S. 130). Diese Domination wurde v.a. von den Mitgliedern der ehemals herrschenden Clique realisiert, die ihre Stellung dazu nutzten, in großen Maßstäben die frühere monopolistische Gesellschaftsposition in wirtschaftliches (privates) Kapital umzuwandeln. Dieser Prozess führte zu folgenden Konsequenzen: Nach den Ergebnissen von Erhebungen, die 1993 und 1997 durchgeführt wurden, war in Serbien (im Vergleich zu den anderen mittel- und osteuropäischen Staaten) der größte Anteil von Mitgliedern der alten „Nomenklatura“ unter den Angehörigen der neuen wirtschaftlichen Elite – nämlich ca. zwei Drittel davon – Mitte der Neunzigerjahre zu verzeichnen (Lazić 2000).

Natürlich zeugt bereits die Tatsache der massiven Kapitalumwandlung davon, dass die Periode der blockierten Transformation nicht einen absoluten Stillstand der Systemänderungen bedeutete. Im Rahmen des politischen Subsystems wurde schon Ende der Achtzigerjahre ein Mehrparteiensystem eingerichtet, und die Wahlen, bei denen die Oppositionsparteien versuchten, Milošević und seine Sozialistische Partei Serbiens (SPS) an der Spitze des Staates abzulösen, wurden ordnungsgemäß abgehalten. In der

Folge musste die SPS im serbischen Parlament bereits ab 1993 eine Koalitionsregierung bilden, da sie bei den Wahlen keine absolute Mehrheit erringen konnte. Ende 1996 gewann die Opposition die lokalen Wahlen in allen großen Städten Serbiens, und im Jahr 2000 erlitten die SPS und Milošević trotz der merklichen Steigerung der Repression, die sie auszuüben versuchten, eine Wahlschlappe.

Was die Wirtschaft betrifft, so wurde das Privatisierungsgesetz im Parlament mehrmals verabschiedet und modifiziert, und heute sind privates Eigentum und Marktwirtschaft legitime Elemente der serbischen Wirtschaft. Obwohl der reale Prozess der Privatisierung im Laufe dieses Jahrzehnts kaum von der Stelle gekommen ist (bzw. dienten die Privatisierungen, sofern es überhaupt dazu kam, in erster Linie der Konversion der Machtpositionen der herrschenden Gruppen in wirtschaftliches Kapital), führte die Befreiung der Marktmechanismen dazu, dass ein bodenständiger privater Sektor erwachte. In diesem Sektor der Privatwirtschaft wird ein immer größerer Teil des BNP erwirtschaftet, und hier haben sich auch Reichtümer akkumuliert (im formellen und informellen Sektor, auf legale und illegale Weise), die einen immer schnelleren Aufschwung der neuen Unternehmerelite ermöglichten. So waren 1997 (im Vergleich zu den Daten von 1993) unter dieser Elite häufiger Personen zu finden, die ihren neuen Status ausgehend von Kleinunternehmen, insbesondere aber aus ihrer Position als Experten/Fachleute erreicht haben, während der Prozentsatz der ehemaligen Direktoren staatlicher Unternehmen merklich zurückgegangen ist (von 40 % auf 23 % – vergleiche Lazić 2000: S. 39).

Nicht zuletzt haben sich in der öffentlichen Sphäre zweifellos bestimmte Freiheiten durchgesetzt. Neben den staatlich kontrollierten Medien hatten sowohl Oppositions- als auch unabhängige Medien auf lokaler, aber auch auf nationaler Ebene (Zeitungen, Fernseh- und Radiosender) dauerhaft Bestand. Trotz verschiedenster Formen des Drucks seitens Politik, Polizei, Gericht, Wirtschaft usw. gelang es diesen, sich zu halten und die Konstituierung und Verbreitung alternativer Werte und politischer Orientierungen zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang erwähnt werden muss auch der Prozess der Entstehung von Organisationen der Zivilgesellschaft, denen gemeinsam mit den bereits erwähnten Medien eine Schlüsselrolle bei der Mobilisierung der Bevölkerung für Änderungen zukam – und zwar zuerst im Beispiel der „Generalprobe“ für den Sturz des Regimes von Milošević im Laufe

Mladen Lazić ist Professor für Allgemeine Soziologie an den Universitäten Belgrad und Podgorica.

der Massendemonstrationen aufgrund des Versuchs, die Resultate der Lokalwahlen von 1996/97 zu fälschen, und schließlich im entscheidenden Wahlkampf des Jahres 2000.

Aus der hier zusammengefassten Analyse ist ersichtlich, dass die blockierte Transformation in Serbien ein sehr komplexer Prozess war, in dem die Beibehaltung alter und die Etablierung neuer gesellschaftlicher Beziehungen ebenso wie die Umgestaltung alter und die Formierung neuer Akteure unlösbar miteinander verflochten waren. Daher genügt es keineswegs zu sagen, dass die Änderungen, die sich in dieser Zeit abspielten, sowohl in ihrer Tragweite als auch in ihrer Geschwindigkeit begrenzt waren (die Wahlen waren nicht in einem zufriedenstellenden Ausmaß frei und fair, die Wirtschaft befand sich im Wesentlichen in den Händen des Staates und wurde nicht umstrukturiert, das öffentliche Leben befand sich im Zustand der Repression durch das Regime).

Das Ergebnis dieser Änderungen war eine Gesellschaft, welche die Bürde explosiver Widersprüche trug. Die blockierte Transformation erzeugte nämlich in Kombination mit äußeren Faktoren (Kriege und internationale Sanktionen) bis Ende der neunziger Jahre folgende Konsequenzen: Es kam zu einem dramatischen Einbruch des BNP auf ein Drittel in Bezug auf den Wert des Jahres 1989; beinahe die gesamte Bevölkerung verarmte; die gesellschaftlichen Ungleichheiten stiegen drastisch an; die zuvor relative technische Veralterung wurde ein absolutes Faktum; in der gesamten Bevölkerung verbreitete sich Apathie. Persönlicher Egoismus – unter den Bedingungen des Existenzkampfes – führte zu einer völligen Marginalisierung des öffentlichen Interesses (daraus resultierten ein sinkendes organisatorisches Potenzial der politischen Parteien, Gewerkschaften und anderen Organisationen; vgl. die detaillierte Analyse der wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Folgen der blockierten Transformation in Serbien, in: Lazić 2000).

## Heutige Hindernisse der Transformation

Im Folgenden soll meine Anfangshypothese für die Analyse der Bedingungen des heutigen „deblockierten“ Prozesses des demokratischen und kapitalistischen Wandels in Serbien dargestellt werden. Die Perspektiven in Serbien sind, gerade aufgrund der kombinierten Wirkung der allgemeinen Bedingungen der postsozialistischen Transformation und konkreter, historischer Umstände, besonders stark von Ambivalenzen

gekennzeichnet: Jene Faktoren, die eine demokratische und kapitalistische Transformation möglich machen, sind mit Elementen belastet, welche die Transformation einschränken oder diese vielleicht sogar umkehren können. Welche der widersprüchlichen Tendenzen im Endeffekt die Überhand gewinnt, ist von zahlreichen in- und ausländischen Akteuren abhängig; die wichtigsten dieser Akteure entstammen dabei der politischen Elite Serbiens (die politische Elite ist der wichtigste Akteur der Transformationen in allen mittel- und osteuropäischen Staaten). Im Folgenden möchte ich kurz auf einige der einschränkenden Faktoren der Transformation in den verschiedenen sozialen Subsystemen eingehen.

### a) Politisches Subsystem

#### aa) Der Staat

Trotz des hohen Niveaus, das der Globalisierungsprozess bereits erreicht hat, ist es klar, dass die grundlegende „Einheit“ der Transformation in Mittel- und Osteuropa (im Feld der Politik, aber auch der Wirtschaft) auch weiterhin der Nationalstaat sein wird. In diesem Sinne stellen die Kontrolle des Staatsgebietes und der Bevölkerung, die Fähigkeit, Steuern einzuheben, und ein Subjekt im System der internationalen Beziehungen zu sein, auch weiterhin die Voraussetzung eines funktionierenden Staates dar, ohne die es unmöglich ist, eine konsistente und nachhaltige Transformationsstrategie anzuwenden. (Das Fehlen jeder beliebigen o.g. „Funktionen“ bedeutet eine tiefe politische Krise, die sich unmittelbar auf die Wirtschaft überträgt, was zweifellos dazu führt, dass internationale Kredite, Investitionen etc. eingeschränkt oder gänzlich unmöglich werden, und auf diese Art wird die Transition zum Kapitalismus blockiert).

Ebenso wie während der Herrschaft Miloševićs erfüllt der Staat auch nach den demokratischen Änderungen weder auf föderaler Ebene noch auf Ebene der Republiken die genannten Voraussetzungen. Die jeweiligen Staatsgebiete sind nicht klar festgelegt, und in der Folge auch nicht die Bevölkerung. Die neue Verfassungsurkunde definiert die Union Serbiens und Montenegros als temporäre, auf drei Jahre beschränkte Lösung für den Status des Staates. Die Apparate des föderativen Staates haben bis vor kurzem weder das Territorium noch die Bevölkerung von Montenegro kontrolliert und konnten in dieser Republik keine Steuern einreiben. Mit den heutigen verfassungsmäßigen Lösungen wurden diese Apparate zum größten Teil aufgelöst, und diejenigen, die beibehalten wurden, erlebten eine drastische

Einschränkung ihres Wirkungsbereichs und ihrer Zuständigkeiten. Andererseits hat auch die politische Elite Montenegros ihr Ziel – die staatliche Unabhängigkeit – nicht erreicht. Sie muss auch weiterhin die föderale Armee im eigenen Land tolerieren. Darüber hinaus hat sich die Möglichkeit ihres Wirkens auf der Ebene internationaler Beziehungen unmittelbar nach dem Sturz Miloševićs merklich verengt: Die früheren informellen Formen parastaatlicher Beziehungen mit internationalen Institutionen wurden sichtbar reduziert; nunmehr macht die Europäische Union Druck, um den Bestand des gemeinsamen Staates zu erhalten, während früher der Zerfall stillschweigend gefördert worden war. Andererseits ist der Kosovo offiziell, gemäß Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates, Teil des serbischen Staatsgebiets. Im Kosovo jedoch haben die serbischen Behördenapparate keinerlei Kontrolle (nicht einmal im nördlichen Teil, in dem die serbische Bevölkerung nach wie vor in der Mehrheit ist), und der künftige Status dieses internationalen Protektorats ist ungewiss.

Es ist klar, dass für diese problematischen Punkte nicht so rasch eine stabile Lösung – welcher Art auch immer – gefunden werden kann. Im Falle Montenegros ist der entscheidende Faktor, dass die Bevölkerung über die künftige Staatsform tief gespalten ist. Trotz aller langjährigen Bemühungen der herrschenden Elite war es nicht gelungen, dass die AnhängerInnen eines unabhängigen Staates zahlenmäßig deutlich mehr als die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung überstieg. Nach diversen Erhebungen, von denen viele nur den Wert von Propagandanachrichten für diese Elite haben konnten, bewegte sich diese Zahl zwischen 40 % und 60 %. Präsident Đukanović konnte jedoch nicht einmal am Gipfel seiner Macht, im Laufe des Jahres 2000, mit Sicherheit damit rechnen, dass mehr als die Hälfte der WählerInnen dieses Unabhängigkeitsprojekt unterstützen würden, weshalb er es nicht wagte, die Volksabstimmung über die staatliche Unabhängigkeit, die er ständig angekündigt hatte, auch wirklich auszuschreiben. Eines der Haupthindernisse für den Erfolg des „Blocks für die Unabhängigkeit“ war die Tatsache, dass sich bei der Bevölkerung Montenegros kein klares Nationalbewusstsein gebildet hatte. Die Anzahl jener MontenegrinerInnen, die sich als Angehörige einer eigenen ethnischen Gruppe betrachten, ist nicht sehr viel größer als die Anzahl jener, die sich als Angehörige des ethnischen Korpus der Serben deklarieren. Klarerweise formiert sich in Hinblick auf das nationale Selbstverständnis auch in wesentlichem Ausmaß

die Beziehung zur nationalen Souveränität. Und das bedeutet weiter, dass jede potentielle Lösung des Problems der Staatlichkeit Montenegros – im Rahmen einer jugoslawischen Föderation oder als souveräner Staat – seitens einer beträchtlichen Minderheit als illegitim betrachtet werden wird.

Natürlich ist das wesentliche Element der territorialen Probleme in Serbien der Wunsch der albanischen Bevölkerung im Kosovo nach Unabhängigkeit und die Bildung eines souveränen Staates. Die Politikwissenschaft weiß seit langem, dass es beinahe unmöglich ist, eine stabile demokratische Regierung aufrechtzuerhalten, wenn es innerhalb der Grenzen des Staates eine große, illoyale Minderheit gibt, und zwar insbesondere dann, wenn diese ein kompaktes Territorium bewohnt (z.B. Dahl 1979; Lijphart 1977). Die Albaner in Jugoslawien haben im Laufe des 20. Jh. und sogar während der Zeit des kommunistischen Regimes viele Male gezeigt, dass sie dazu bereit sind, für ihre Souveränität im Kosovo zu kämpfen (unter Nutzung aller Mittel), weshalb der Versuch, dieses Territorium innerhalb Serbiens zu behalten, jede Regierung zwingendermaßen dazu bringt, das Mittel der Gewalt auf breiter Ebene einzusetzen. (Das kann wahrscheinlich auch die Internationale Gemeinschaft erwarten, sofern sie versucht, die Kontrolle über dieses Gebiet allzu lang zu behalten, und wenn das Problem der Souveränität nicht einer endgültigen Lösung entsprechend der Erwartungen der lokalen Bevölkerungsmehrheit zugeführt wird.) Andererseits würde die Abspaltung des Kosovo die Legitimität der heutigen demokratischen Obrigkeit in Serbien ernsthaft schwächen, da die große Mehrheit der Bevölkerung der Ansicht ist, dass dieses Gebiet historisch und nach internationalem Recht zu Serbien gehört. Daher würde der „Verlust“ dieser Provinz sicherlich als „Verrat“ der heimischen Elite und als neue, große Ungerechtigkeit der internationalen Gemeinschaft erlebt werden. Und das würde den nichtdemokratischen politischen Kräften, die natürlich gleichzeitig nationalistisch und isolationistisch sind, eine äußerst gute Gelegenheit dafür bieten, um eine breite Unterstützung bei der Bevölkerung zu mobilisieren. Daher dient sogar die derzeitige, undefinierte Stellung des Kosovo, die in Wahrheit nur die Situation einer verlängerten akuten Krise darstellt, als mächtige Quelle für eine nationalistische Mobilisierung und stellt auf diese Art ein ernsthaftes Hindernis für die Konsolidierung des demokratischen Systems dar.

Kurz gesagt: Es wird schwierig sein, in absehbarer Zeit zwei wesentliche Probleme,

die mit dem Status des Staates zusammenhängen, auf zufriedenstellende Art und Weise zu lösen, und das bedeutet, dass dieses Gebiet auch weiterhin eine tiefe politische Krise durchleben wird. Und von der politischen Ebene wird sich diese dauerhafte Instabilität unausweichlich auch auf die Ebene der Wirtschaft übertragen: Ausländisches Kapital wird auch weiterhin nur ausgesprochen vorsichtig in unser Land fließen, und eben das Fehlen dieses Kapitals wird die Chancen auf eine wirtschaftliche und soziale Transformation in Serbien ernsthaft beschränken, sogar dann, wenn die politische Elite einen Konsens in Hinblick auf Programme und Aktionen erreichen sollte, was aber noch längere Zeit wenig wahrscheinlich erscheint.

#### ab) Das Parteiensystem.

Aus dem voranstehenden Teil geht klar hervor, dass nicht nur die „illoyalen“ ethnischen Gruppen eine Gefahr für den aktuellen Demokratisierungsprozess in Serbien darstellen. Eine ähnliche Gefahr geht auch von „illoyalen“ politischen Parteien aus. Mit anderen Worten: Parteien mit ausgesprochen undemokratischer Orientierung (die SPS und deren bisherige Satelliten: die Serbische Radikale Partei, SRS, und die Partei der Serbischen Einheit, SSJ) haben bis vor kurzem zweifellos die Unterstützung eines wesentlichen Teils der serbischen Wahlberechtigten genossen (erst nach dem tödlichen Attentat auf Premier Đinđić verzeichneten die Meinungsforscher einen deutlichen Abfall der Unterstützung dieser Parteien). Es waren die äußeren Umstände (der Fall der Berliner Mauer samt der Legalisierung des politischen Pluralismus in den anderen ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken), die die damaligen Herrschenden dazu gezwungen hatten, 1989 ein Mehrparteiensystem einzuführen, weshalb Milošević während seiner Herrschaft die Oppositionsparteien keinesfalls als gleichberechtigte Partner akzeptierte, die im politischen Wettbewerb dieselben Rechte hätten haben müssen. Die Oppositionsführer wurden zumeist als „Verräter“ behandelt, die aufgrund äußeren Drucks toleriert werden mussten. In Organisation, Ideologie und in der öffentlichen Sprache der SPS und der SRS hat sich im Laufe der zehnjährigen Periode, in der politischer Wettbewerb herrscht, rein gar nichts geändert. Sie behielten dieselben Organisations- und Personalstruktur bei, auch nachdem sie die Macht bei den Wahlen von 2000 verloren hatten – ja sogar nachdem Milošević (und vor kurzem auch Šešelj) nach Den Haag ausgeliefert wurde. Das bedeutet offensichtlich,

dass sie im Wesentlichen gegen die demokratische Bewegung sind, und dass sie versuchen, diese zu obstruieren, solange sie in Opposition sind (was ihr Verhalten im Parlament beweist), und dass sie, falls sie wieder an die Macht kämen, die Demokratie einschränken würden – und sogar wieder aufheben, sofern das möglich wäre. Obwohl das Faktum, dass die Unterstützung dieser Parteien in letzter Zeit zurück gegangen ist, ermutigend wirken kann, könnte der verlängerte Krisenzustand (und eine eventuelle Verschärfung der wirtschaftlichen Rezession) Bedingungen schaffen, unter denen eine Massenmobilisierung seitens dieser Parteien erfolgreicher wäre, was die demokratische Transformation in Gefahr brächte.

Ein noch problematischeres Element des politischen Systems ist vielleicht die nicht-konsolidierte Form der pro-demokratischen Parteien in Serbien. Während die Einigkeit aller Oppositionsparteien, der regierungsunabhängigen Organisationen, eines Teils der Gewerkschaften, der BürgerInnenbewegungen – wie z.B. die von den Studenten organisierte Bewegung „Otpor!“ („Widerstand“) – usw. eine unumgängliche Bedingung für den Sieg über Milošević waren, zeigte das Wahlbündnis DOS, ein Konglomerat von 17 Parteien, schnell seine Unfähigkeit, als einheitliche Gruppe an der Macht zu agieren. Diese Parteien haben verschiedene politische Orientierungen (sozialdemokratisch, links, rechts; pro und contra Monarchie; zentralistisch vs. „autonomieorientiert“ usw.), viele davon sind sehr klein (im Sinne ihrer Organisation und der Unterstützung seitens der Wahlberechtigten), während zwei Parteien davon träumen, die absolute Mehrheit bei den kommenden Wahlen zu erringen (die Demokratische Partei Serbiens – DSS, die Partei des bisherigen jugoslawischen Staatspräsidenten Koštunica, sowie die Demokratische Partei – DS, die Partei des ermordeten Premiers Đinđić).

Der sehr hohe Popularitätsgewinn von Koštunica nach seinem Sieg bei den Präsidentschaftswahlen hat sich auf seine Partei übertragen, wodurch die Unterstützung seitens der Bevölkerung für die DSS von einem marginalen Anteil (3-4 %) vor dem Jahr 2000 auf die relative Mehrheit angewachsen ist (Mitte 2001 lag die Unterstützung bei ca. 30 %, ein Jahr später betrug sie etwas mehr als 20 %). Das führte sofort zum Kampf um die Macht zwischen DSS und DS (die DS hatte sehr viel mehr Unterstützung, als Milošević an der Macht war, aber nach dem Oktober 2000 konnte sie die Zahl ihrer Anhänger in der Öffentlichkeit nur schrittweise vergrößern, auf ca. 20 % Mitte

2002). Dieser Kampf wäre völlig normal unter (zumindest relativ) stabilen politischen Bedingungen, da ja politische Parteien genau genommen Maschinen sind, die den Kampf um die politische Vorherrschaft institutionalisiert haben. In Serbien dagegen hat dieser Kampf begonnen, noch bevor die institutionellen Vorbedingungen für ein demokratisches politisches System geschaffen wurden (eine neue Verfassung, Unabhängigkeit der Justiz, der Medien, etc.). Damit wurde die Schaffung dieser Vorbedingungen zum Hauptobjekt der – immer erbitterteren – politischen Kämpfe der beiden führenden demokratischen Parteien. Die Konsequenzen daraus sind zweierlei: eine Verlangsamung der Reformen, da der größte Teil der politischen Energie auf gegenseitige Kämpfe verschwendet wird, und – aus eben diesem Grund – eine Entfremdung des politischen Lebens von einem wesentlichen Teil der Bevölkerung (die gleichzeitig mit den unausweichlichen Problemen der Transition zum Kapitalismus konfrontiert ist). Kurz gesagt: Die politische Sphäre bewegt sich in einer Spirale abwärts: Die Mehrheit der Bevölkerung (und damit der WählerInnen) unterstützte Lösungen, unter denen die führenden demokratischen Parteien in einer Koalition blieben, oder zumindest bei den Reformen zusammenarbeiten; das Wahlbündnis DOS ist – in jeder Hinsicht – gespalten und wird von ständigen Konflikten zerrissen (das gilt nicht nur für die DSS, die auch formell nicht mehr zur Koalition gehört, sondern auch für viele andere Mitglieder der Koalition). Die Konflikte führen dazu, dass die Reformen aufgeschoben werden, und steigern die Unzufriedenheit des Volkes mit allen Parteien und politischen Führern; was wiederum dazu führt, dass sich die gegenseitigen Konflikte noch verschärfen werden. Mit anderen Worten ist das politische System Konflikten mit destabilisierenden Folgen ausgesetzt (die eventuell lange andauern könnten), noch bevor überhaupt eine anfängliche demokratische Stabilität erreicht wurde. Bisher ist es den nichtdemokratischen Parteien nicht gelungen, einen Vorteil aus dieser Situation zu ziehen. Es ist auch nicht wahrscheinlich, dass diese in ihrer heutigen Form noch zusätzliche Unterstützung mobilisieren können (vor allem, nachdem die beiden führenden Parteien durch das Haager Tribunal ihre wichtigsten politischen Köpfe verloren haben). Es ist jedoch nicht schwer, unter den Bedingungen der aktuellen politischen, insbesondere aber staatlichen Instabilität sowie unter den gegebenen und kommenden wirtschaftlichen Problemen ein Szenario zu erdenken, in dem – wenn schon

nicht die alten, so doch neue – Demagogen aufsteigen, die bei den Massen Popularität gewinnen könnten und damit die demokratische Entwicklung des Landes gefährden würden.

Am Ende ist noch anzumerken, dass die augenscheinlich paradoxe Festigung der demokratischen Orientierung im Staat nach der Ermordung von Premier Đinđić (der rasche Anstieg der Unterstützung seiner Partei DS sowie insgesamt des demokratischen Wandels; das Sinken des Einflusses der nationalistischen Parteien sowie auch der DSS und der Person Koštunica; die erfolgreiche Zerschlagung der tiefen Verflechtungen zwischen kriminellen Bänden und der Struktur der Politiker, der Polizei, des Heeres und der Justiz, ein Relikt aus dem Regime Milošević) noch auf unsicheren Grundlagen beruht. Die gesamte Tradition des politischen Lebens Serbiens beruht bis in die heutige Zeit auf dem Prinzip starker (populistischer) Führer. Derzeit gibt es keine solche Gestalt auf der politischen Bühne, zumindest nicht an der Spitze der demokratisch orientierten Parteien, während die Probleme, die den politischen Fortschritt belasten, so groß sind, dass sie unausweichlich zu periodischen Destabilisierungen des Systems führen werden (auch die aktuelle Stärkung der DS kann äußerst kurzfristig ausfallen, falls sich ihr neuer Vorsitzender als inkompetent erweisen sollte). Unter diesen Umständen könnte das Auftreten einer charismatischen Führungspersonlichkeit an der Spitze einer der Parteien eine äußerst wesentliche Rolle dabei spielen, welche politische Option in Serbien in der kommenden Periode überwiegen wird.

### *b) Das ökonomische Subsystem*

Wie man bereits seit geraumer Zeit weiß, kann ein modernes demokratisches System nur in Staaten mit einem gewissen Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung stabil sein. Während das wirtschaftliche Niveau nicht allzu hoch sein muss, wird das Problem sehr viel ernster, wenn zu einem relativ niedrigen BNP noch dessen langwierige, merkliche Abnahme kommt, wie das in Serbien im Laufe der Neunzigerjahre der Fall war. Der wirtschaftliche Zusammenbruch und die Verarmung der Bevölkerungsmehrheit haben den WählerInnen dabei „geholfen“, bei den Wahlen von 2000 endlich Koštunica und das Wahlbündnis DOS zu wählen. Natürlich wurden an die neue Regierung (in Vergleich zur vorherigen) gleichzeitig ausgesprochen hohe Erwartungen gesetzt. Während diese Erwartungen in den Jahren 2001 und 2002 teilweise erfüllt wurden – der durchschnitt-

liche Lebensstandard stieg, wenngleich sehr bescheiden, insbesondere für bestimmte Bevölkerungsgruppen – ist völlig offensichtlich, dass sich die wirtschaftlichen Bedingungen im Land ebenso wenig wie die materielle Situation des größeren Teils der Bevölkerung binnen einer kurzen Zeitperiode wesentlich verbessern können. Aufgrund der Schärfe der politischen Konflikte und des Fehlens eines Grundkonsenses innerhalb der reformorientierten Parteien wurden tiefe strukturelle Reformen (insbesondere die Privatisierung) erst unlängst in breiterem Ausmaß in Angriff genommen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit (die bereits bisher ausgesprochen hoch war) und die Unsicherheit der Arbeitsplätze haben die IndustriearbeiterInnen unausweichlich von der Reformregierung entfremdet, ähnlich wie sich z.B. bestimmte Gruppen von Beamten von dieser Regierung entfremdet haben, nachdem der Staat dazu gezwungen war, einige große (staatliche) Banken in den Bankrott zu schicken, oder als die Gehälter der Angestellten mit Universitätsausbildung im Vergleich zu solchen mit mittlerer oder niedrigerer Ausbildung im Justiz- und Gesundheitswesen merklich angehoben wurden. Es kann erwartet werden, dass nach einer Reihe schlecht organisierter öffentlicher Proteste ohne hinreichende Massenunterstützung, die nicht besonders effektiv waren, die grundlegende Reaktion der Unzufriedenen darin bestehen wird, dass sie ihr Interesse an der Politik verlieren, was bereits nicht nur in öffentlichen Umfragen zu verzeichnen ist, sondern auch in den Wahllokalen (anlässlich der erfolglosen Versuche, die Wahl des serbischen Präsidenten durchzuführen).

### *c) Das soziale Subsystem*

#### *ca) Die Mittelschichten.*

Schon mehrere Jahre lang wird weithin behauptet, sogar von Soziologen, dass das Fehlen der Mittelklasse in Serbien (aufgrund der allgemeinen Verarmung) eines der Hauptprobleme der demokratischen Entwicklung darstelle. Es hat sich gezeigt, dass diese Behauptung falsch ist. Nur ein Element des sozialen Status der Mittelklasse war in Serbien im Laufe der Neunzigerjahre gefährdet – nämlich die materielle Lage – und sogar dieses nur teilweise (laufende Einkünfte). Untersuchungen haben gezeigt, dass die urbanen Fachkräfte einen wesentlich höheren Lebensstandard im Vergleich zu den niedrigen Bevölkerungsschichten beibehalten haben (nicht nur aufgrund der besseren Wohnbedingungen, der größeren Ersparnisse und der regelmäßigen Gehälter, sondern

auch dank der Tatsache, dass ihre Einnahmen auf dem Feld der Schattenwirtschaft – die 40-45 % der wirtschaftlichen Aktivitäten im Land während der Zeit der internationalen Sanktionen ausmachten – höher waren als die Einkünfte anderer Bevölkerungsgruppen; vgl. Lazić 2000). Diese Untersuchungen haben auch gezeigt, dass die Angehörigen der mittleren Schichten zum Großteil ihre typischen Wertorientierungen beibehalten haben, wie z.B. Modernismus, Universalismus, Weltoffenheit, Neigung zum marktwirtschaftlichen Wettbewerb, sowie eine pro-demokratische Haltung. Schließlich haben die Menschen der urbanen Mittelklasse auch das Rückgrat der großen Anti-Milošević-Demonstrationen in den Jahren 1996/97 gebildet, die definitiv das Ende des Regimes beschleunigt haben, sowie den Kern jener Bewegung, die das Regime schließlich zu Fall brachte (auf den Straßen und an den Wahlurnen).

Natürlich hatte diese Gruppe erwartet, dass sie zu den Gewinnern des Transformationsprozesses zählen würde, vor allem deshalb, weil sich diese Erwartungen in allen anderen postsozialistischen Staaten erfüllt haben (vgl. Milanović, 1999). In Anbetracht dieser Tatsache wird die Mittelklasse sicher auch weiterhin die kapitalistischen und demokratischen Veränderungen in Serbien unterstützen. Allerdings muss man dabei bedenken, dass diese Gruppierung eine ausgesprochene Minderheit in Serbien ist (ca. zehn Prozent der Bevölkerung), und dass die Mitglieder dieser Klasse sehr sensibel auf eine Verlangsamung und den Aufschub der Reformen reagieren und von den Politikern des Wahlbündnisses DOS enttäuscht werden können. Die politische Apathie, die daraus resultieren kann, droht, im öffentlichen Leben einen Leerraum zu hinterlassen, der den erneuten Aufschwung populistischer Ideologien begünstigen könnte, mit deren Hilfe nichtdemokratische Parteien die Unterstützung der niederen Bevölkerungsschichten (die ja die potentiellen Verlierer im Lauf der ersten Jahre der Transition sind) mobilisieren könnten!

#### cb) Die unteren Schichten.

Wenn man von den sozialen Gruppen der unteren Schichten der sozialen Hierarchie spricht – kleine Beamte, qualifizierte und unqualifizierte ArbeiterInnen, Bauern, Arbeitslose, PensionistInnen usw. (und insbesondere jener, die in kleineren Städten und Dörfern leben) – ist es unumgänglich, daran zu erinnern, dass diese den Hauptteil der AnhängerInnen des früheren autoritären Regimes in Serbien ausmachten. Die Er-

klärung dieses Faktums ist sehr komplex und umfasst objektive wie subjektive Faktoren. Bezüglich der objektiven Faktoren sollen an dieser Stelle nur der redistributive und augenscheinlich egalitäre (auf dem Niveau allgemeiner Armut) Charakter des Regimes genannt werden. Dieser wurde von zahlreichen Angehörigen der niederen Gesellschaftsschichten in Anbetracht der katastrophalen Lebensumstände, welche infolge von Krieg und den UN-Sanktionen entstanden waren, als einzige Quelle der Sicherheit verstanden. Eine wesentliche Stellung auf der Seite der subjektiven Faktoren nimmt der weit verbreitete autoritäre Charakter in der politischen Kultur der serbischen Bevölkerung ein. Viele Untersuchungen haben bestätigt, dass das „soziale Bewusstsein“ der Bevölkerungsmehrheit in Serbien (und in dieser Hinsicht auch der Mehrheit der Bevölkerung aller anderen ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken) autoritäre Charakteristika aufweist (vgl. Kuzmanović, in: Lazić 1995). Die bedingungslose Akzeptanz der (politischen) Führer, die eines der wesentlichen Elemente dieses Bewusstseins ausmachten, demonstriert sich historisch in den aufeinander folgenden Beispielen des früheren jugoslawischen (kommunistischen) Präsidenten Josip Broz, des pervertierten kommunistisch-nationalistischen Slobodan Milošević und des demokratisch gewählten Vojislav Koštunica (wobei letzterer eine Popularität erreichte, von der Milošević nicht einmal träumen konnte). Dabei könnte das Faktum der immer kürzeren Dauer der Bewunderung dieser politischen Leader als ermutigend betrachtet werden (im Falle Josip Broz dauerte diese Bewunderung ca. 30 Jahre, bei Slobodan Milošević zehn Jahre, während sich die unkritische Unterstützung der Bevölkerung für Koštunica in nur einem Jahr von 70 % halbiert hat!). Diese Enttäuschung über die politischen Führer, die man als Anzeichen beginnender Reife der demokratischen politischen Kultur verstehen könnte, könnte (wenn man die Ausbreitung der traditionellen Kultur bedenkt) allerdings auch einen fruchtbaren Boden für einen neuen Demagogen bilden, falls die derzeitige ökonomische Stagnation anhält, oder in eine akute wirtschaftspolitische Krise übergeht.

#### cc) Die Gewerkschaften.

Einige Elemente der Zivilgesellschaft, die ihren raschen Aufschwung insbesondere in den letzten Jahren der Herrschaft Miloševićs erlebten, verdienen es auch, in diesen kurzen Diskurs über die Faktoren, welche die demokratische Entwicklung in Serbien unterstützen oder behindern, auf-

genommen zu werden. Die Gewerkschaften, die in jener Zeit, als die nichtdemokratische Führung gestürzt wurde, eine völlig marginale (und wenn, dann eher negative) Rolle spielten, sind heute eines der wesentlichen Elemente. Ihre Bedeutung im Transformationsprozess liegt (prinzipiell) in ihren Möglichkeiten, die Interessen der werktätigen Bevölkerung gegenüber der politischen Elite zu vermitteln. Die Elite führt die Rekonstruktion der Gesellschaft in erster Linie (kurzfristig gesehen und natürlich abgesehen von den für sie wichtigsten – nämlich ihren eigenen – Interessen) im Interesse der Mittelschichten durch, und das jetzt in der Situation einer verlängerten und tiefen Wirtschaftskrise. Die Gewerkschaften können die Interessen der niederen Schichten (die zumindest vorübergehend die Verlierer des Übergangs zum Kapitalismus sind) schützen, und zwar auf die Art, dass sie den dominanten neoliberalen Reformfluss „mäßigen“ und gleichzeitig folgendes erreichen: die Legitimierung der allgemeinen Reformorientierung der Elite; die Befriedung der sozialen Konflikte in wesentlichem Ausmaß; und auf diese Art auch eine Verbesserung der Bedingungen für weitere Reformen.

Ein ernstes Problem in Serbien ist die Tatsache, dass solche Gewerkschaften nicht existieren! Der Bund der selbständigen Gewerkschaften (SSS), der die meisten Mitglieder hinter sich versammelt, ist praktisch eine nichtreformierte Organisation, welche die Zeit des Titoismus und der Milošević-Ära überlebt hat. Während des autoritären Regimes arbeitete der SSS eng mit der Regierung zusammen und wurde in den „Austausch“ der Naturalhilfe (v.a. in Nahrung) eingebunden, den das Regime den verarmten Gewerkschaftsmitgliedern gewährte – für die (zumindest stillschweigende) Unterstützung dieser für die Regierung. Dieses Arrangement sicherte die privilegierte Position der Führer der SSS im Wettbewerb mit den anderen, neu gegründeten Gewerkschaften. Nach dem Regimewechsel versuchten die Führer der SSS, eine neue Legitimation aufzubauen, indem sie die populistische Politik der Verteidigung kurzfristiger Interessen der ArbeiterInnen vor bestimmten (unausweichlichen) Maßnahmen der Reformpolitik (Verabschiedung des Arbeitsgesetzes, Konkurs der großen staatlichen Banken, Berichtigung der Preisdisparität etc.) betrieben. Kurz gesagt: Die Führer der SSS, die sich sehr darum bemüht hatten, jede Form von ArbeiterInnenprotesten im Laufe der Neunzigerjahre zu beruhigen, versuchten nach dem Regimewechsel, jede Gelegenheit, bei der sich (verständlicherweise) die Unzufriedenheit

der ArbeiterInnen äußerte, dazu zu nutzen, um einen Streik zu organisieren (oder einen wilden Streik abzuhalten) und damit zu „beweisen“, dass sie die „wahre“ arbeiterInnenfreundliche Politik betreiben. Mit anderen Worten, der Effekt dieser Gewerkschaft ist das genaue Gegenteil des zuvor erwähnten Modells, das zum Erfolg der Transformation beitragen würde. Dieser Effekt wirkt fast ausschließlich im Interesse der Gewerkschaftsführung, führt damit faktisch zu sozialen Konflikten und damit zu einer Verlangsamung oder potentiellen Verhinderung struktureller Reformen.

Die zweite wichtige Gewerkschaft, Nezavisnost (Unabhängigkeit), wurde Anfang der Neunzigerjahre als regimekritische Organisation gegründet, die eng mit den Oppositionsparteien in Serbien zusammenarbeitete und an den meisten Aktivitäten, die den Regimewechsel zum Ziel hatten, teilnahm (allerdings völlig marginal, entsprechend ihrem Einfluss auf die Beschäftigten). Daher erhielt diese Gewerkschaft auch mehrere Jahre hindurch westliche Finanzhilfe. Retrospektiv kann gesagt werden, dass diese Unterstützung jedoch kontraproduktiv war, da sie eine weitere Massenrekutierung neuer Mitglieder nicht erforderlich machte. Auf diese Weise blieb Nezavisnost sogar nach 2000 eine Minderheitengewerkschaft, geleitet (und das auf zweifelhaft demokratische Weise) von Menschen, die, nachdem sich der Regimewechsel vollzogen hatte, allzu eng mit einigen politischen Parteien und deren Führern verbunden waren, die nun die vakanten Positionen im Staatsapparat besetzten. Die früheren unterkühlten politischen Beziehungen untergraben die (scheinbar logische und jedenfalls nützliche) Zusammenarbeit zwischen SSS und Nezavisnost, was diese beiden Gewerkschaften eher zu Gegnern als zu Partnern macht. Die früheren Beziehungen zwischen der Gewerkschaft Nezavisnost und dem (derzeit regierenden) Wahlbündnis DOS verhindern eine konsistente Verteidigung der Rechte der Beschäftigten, während die relativ geringen Mitgliederzahlen und die unzureichend straffe Organisation den Gewerkschaftsführern Probleme bereiten, sich entschiedener von der neuen politischen Elite zu distanzieren.

Das bedeutet praktisch gesehen, dass es in Serbien keine Organisationen gibt, die legitim die mittel- und langfristigen Interessen der Werktätigen formulieren und vertreten können. Die dritte bedeutendere Gewerkschaft, Asocijacija (Vereinigung), ist sogar direkt in der serbischen Regierung vertreten! Darüber hinaus muss erwähnt werden, dass es in einer ganzen Reihe größerer Un-

ternehmen Gewerkschaftsorganisationen gibt, die keinerlei Bedeutung haben oder die völlig schlecht mit der Führung in den Zentren verbunden sind, was dem Bild der Gewerkschaften in der Öffentlichkeit weiter schadet. Einerseits atomisiert und andererseits bedingt durch die tiefe Wirtschaftskrise, die sich prolongiert (und die nur noch schlechter werden kann, aufgrund der laufenden Umstrukturierung – Privatisierung, Anstieg der Arbeitslosigkeit etc.), könnten sich die Werktätigen in einer Situation finden, die einen fruchtbaren Boden für demagogische Botschaften und eine radikale Mobilisierung darstellt. In Kombination mit den zuvor beschriebenen politischen Ungewissheiten in den institutionellen und sozialpsychologischen Sphären können diese Wirtschaftsprobleme – in eben diesen Sphären! – erneut jene gesellschaftlichen Kräfte in das Zentrum der politischen Szene „herbeirufen“, die der Demokratie nicht freundlich gesonnen sind, jene Kräfte, deren Ablösung in Serbien so viel Zeit, Energie und menschliche Opfer abverlangt hatte.

## Abschließende Beobachtungen

Es ist die primäre Verantwortung der demokratischen politischen Elite, dieses pessimistische Szenario zu vermeiden. (Natürlich ist neben dem oben angeführten Szenario – nebst der Wirkung der genannten Faktoren – auch ein anderes negatives Szenarium möglich, das kaum weniger schlecht ist als das vorherige, und zwar die langfristige Verlangsamung der Veränderungen. Serbien würde in diesem Fall auf der untersten Ebene der europäischen Hierarchie der wirtschaftlichen Entwicklung einzementiert, was gleichzeitig auch bedeutet, dass die demokratische Entwicklung im Land dauerhaft mit Ungewissheit belastet wäre, mit weiteren destabilisierenden Auswirkungen auf den ganzen Balkan.) Wenn man jedoch ihre Tätigkeit im Laufe der letzten beiden Jahre betrachtet, so scheinen sich einige der exponiertesten Vertreter ihrer Verantwortung nicht bewusst zu sein. Überzeugt davon, dass ernsthafte politische Konkurrenten ausschließlich im Rahmen der anderen demokratischen Parteien zu finden seien, haben ihre Anführer in ihrer maßlosen Gier nach Macht und in dem Bestreben, die eigenen Positionen (ihre persönlichen sowie jene ihrer Partei) zu stärken, einen gnadenlosen gegenseitigen Kampf begonnen. Ihre gegenseitigen Angriffe sind schrittweise bis zu jenem Punkt gewachsen, an dem sich der Kampf um Wählerstimmen in Feindschaft

verwandelte und Kritik in eine völlige Disqualifizierung der Gegner auf politischer, moralischer und sogar strafrechtlicher Ebene. Die abwechselnden Anschuldigungen bezüglich Missbrauch der eigenen Position, Verstöße gegen Verfassung und Gesetz, diktatorische Präntentionen, kriminelle Affären, Täuschung der Öffentlichkeit usw. sind so ernst, dass sie die wichtigsten politischen Institutionen schwächen, an deren Spitze sie stehen – und das völlig unabhängig davon, ob diese Anschuldigungen auf Fakten, Halbwahrheiten oder Hirngespinnsten beruhen. Auf diese Art wird weiterhin der demokratische Fortschritt als solcher kompromittiert, und das unter Umständen, unter denen gerade erst mühsam begonnen wurde, diesen Fortschritt abzusichern!

Mit anderen Worten, sofern sich die Konflikte innerhalb der demokratischen Kräfte weiterhin in die heutige Richtung entwickeln, mit der vorherrschenden Idee, dass der Gegner im politischen Wettbewerb um jeden Preis besiegt werden müsse, wäre das Ergebnis die neuerliche Schaffung einer „gespaltenen Elite“, gekennzeichnet von „ununterbrochenem Krieg, in dem nicht nur die Herrschaft der regierenden Gruppe in Frage gestellt wird, sondern auch die politische Freiheit...“ (Higley and Lengyel, Introduction, in: Higley and Lengyel 2000: S. 3). Derart käme es wiederum zum Aufschub der schrittweisen Schaffung einer „konsensualen Elite“ als einziges Mittel nicht nur für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft in Serbien, sondern für die Integration unseres Landes in die Hierarchie des globalisierten Kapitalismus an einer Stelle, die nicht das europäische Schlusslicht bedeutet.

## Literatur

- Dahl, R. 1979. Poliarhia. Participation and Opposition, Yale University.
- Higley, J. und G. Lengyel, Hrsg., 2000. Elites after State Socialism, Rowman and Littlefield, Lanham.
- Kuzmanović, B. 1995. Autoritarnost kao socijalno-psihološka karakteristika, in: Z. Golubović, Hrsg., Društveni karakter i društvene promene u svetlu nacionalnih sukoba, IFDT i Filip Višnjić, Beograd.
- Lazić, M., Hrsg., 2000. Račji hod, Filip Višnjić, Beograd.
- Lijphart, A. 1977. Democracy in Plural Societies: A Comparative Exploration, Yale University.
- Milanović, B. 1999. Income, Inequality, and Poverty during the Transition from Planned to Market Economy, The World Bank, Washington, D.C.

Aus dem Serbischen von Britta Greier-Greiner.